

**Bundesamt für Flüchtlinge**  
**Office fédéral des réfugiés**  
**Ufficio federale dei rifugiati**

Dok.-Nr. 775.5/3.1 Aer/Bto/geh

3003 Bern, 25. Juni 1991

**LAGEBERICHT JUGOSLAWIEN:****ENTWICKLUNGEN - STATISTIK - PROBLEME - MÖGLICHKEITEN**1. Entwicklungen

Der politisch-gesellschaftliche Aufbruch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und die damit einhergehenden Demokratisierungstendenzen führten in Jugoslawien stärker als anderswo zu sich verschärfenden und in ihren Ursachen verknüpften (Dauer-)Krisen. Nach den Wahlen in Slowenien und Kroatien und in der Folge in allen übrigen Teilrepubliken fallen die wichtigsten politischen Klammern, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der dazugehörige unkritische Titokult, weitgehend weg. Die bis anhin uneingestandene "Künstlichkeit" des erst seit 1945 in der heutigen Form existierenden Gebildes wird offensichtlich und äussert sich in endlosen Diskussionen bezüglich der weiteren Staatskonzeption. Zudem zeigte eine tiefgreifende Wirtschafts- und Systemkrise mit aller Deutlichkeit, dass der sogenannte "Dritte Weg" der Arbeiterselbstverwaltung ebenso gescheitert war wie die staatssozialistischen Modelle der ehemaligen COMECON-Staaten. Schliesslich gelang es auch unter dem Kommunismus nicht, die nationalen Animositäten auszuräumen und auch nur einen der diesbezüglichen Konfliktherde zum Verschwinden zu bringen.

Aufgrund der unterschiedlichen politischen Entwicklung in den einzelnen Teilrepubliken kommt es zu einer faktischen Zweiteilung: Einem demokratischen slowenisch-kroatischen Block, welchem sich mittlerweile auch Makedonien und Bosnien-Herzegowina angeschlossen haben und dem kommunistischen (sozialistischen) serbisch-montenegrinischen. Entsprechend stehen sich auch die slowenisch-kroatische Vorstellung eines Staatenbundes (Konföderation) und das serbisch-zentralistische Bundesstaatsmodell gegenüber. Noch ist der Ausgang des Kampfes zwischen Demokratie/Föderalismus und Sozialismus/Zentralismus nicht entschieden. Slowenisch-kroatischen Ablösungsbestrebungen - mittlerweile wollen die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien Jugoslawien am 26. Juni 1991 gemeinsam verlassen und sich unabhängig erklären - werden Armeepresenz und die Drohung der "Nichtanerkennung der bisherigen Republiksgrenzen" gegenübergestellt. Die Unterschiede und Unstimmigkeiten auf Republiksebene blieben nicht ohne Einfluss auf den Gesamtstaat. Einerseits vertreten die Abgeordneten in der Bundesversammlung ihre Teilrepubli-

ken politisch längst nicht mehr, andererseits ist die kollektive jugoslawische Staatsführung blockiert, seit sich Serbien weigert, den turnusgemässen Präsidenten, den Kroaten Stipe Mesic, an die Spitze zu wählen. Somit sind nicht nur das politische System und die gesamtstaatliche Organisation, sondern der Fortbestand Jugoslawiens in seiner bisherigen Form überhaupt in Frage gestellt.

Das immer vorhanden gewesene wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle verstärkt sich zunehmend und die rezessiven Wirtschaftstendenzen in weiten Teilen der Welt schlagen voll auf Jugoslawien, insbesondere jedoch auf Serbien und die südlichen Teilrepubliken durch. Vielerorts werden seit mehreren Monaten keine Löhne mehr ausbezahlt und die Arbeitslosigkeit ist nur deshalb nicht noch höher, weil sie traditionellerweise versteckt und teilweise exportiert wird, sowie die sich betriebswirtschaftlich längst aufdrängenden Entlassungen nicht vorgenommen werden. Unabhängig von den anderen Schwierigkeiten birgt allein der sozialwirtschaftliche Bereich und dessen zahlreiche ungelöste Probleme ein enormes Konfliktpotential, welches in den bisherigen Streiks- und Protestaktionen nur angedeutet wurde.

Die demokratischen Wahlen haben allerorts mehr oder weniger starke nationalistische Kräfte allein oder als wichtige Koalitionspartner an die Macht gebracht. Die unter dem Kommunismus mehr unterdrückten als gelösten, im jugoslawischen Kontext oft traumatischen, Nationalitätenkonflikte sind in jüngster Zeit stark hervorgebrochen. Vor allem in den Gebieten der serbischen Minderheit in Kroatien haben - von Serbien unterstützt - selbsternannte Bürgerwehren, Milizen und teilweise sogar Kampfgruppen (Tschetniks) politische Gegengewalten aufgebaut. Der schon jetzt bürgerkriegsähnliche Konflikt mit fast täglichen Opfern kann jederzeit eine Eigendynamik annehmen. Dass eine wie auch immer geartete "demokratische" Opposition nicht bereits an und für sich einen Abbau bestehender Konflikte bedeuten muss, beweist die vom Schriftsteller Vuk Draskovic geführte oppositionelle serbische Erneuerungsbewegung mit aller Deutlichkeit: Ihr Standpunkt gegenüber den Kosovo-Albanern ist noch extrem-unversöhnlicher als derjenige der regierenden serbischen Sozialisten. Vor diesem Hintergrund herrscht im Kosovo, aber auch in Bosnien-Herzegowina wie in Mazedonien, eine gespannte Ruhe.

Bezüglich der Menschenrechtssituation ist festzuhalten, dass trotz der freien Wahlen in weiten Teilen Jugoslawiens von politisch-rechtlichen Unsicherheiten auszugehen ist. Insbesondere im mittlerweile ausschliesslich serbisch verwalteten Kosovo hat die Menschenrechtssituation in jeder Beziehung eine bis anhin noch nie dagewesene Dramatik erreicht. Gemäss übereinstimmenden Aussagen verschiedenster Beobachter sind Menschenrechtsverletzungen alltäglich (geworden).

In Würdigung der obigen Ausführungen ist weiterhin ein beträchtliches Migrationspotential gegeben. Zudem besteht eine Tendenz zur Ausweitung über die albanische Volksgruppe (Kosovo/z.T. Mazedonien) hinaus.

2. Statistik

Gesuchseingänge 1990:	5'645
Insgesamt hängig 31.12.1990:	5'445
Erledigungstotal 1990:	1'079, davon negativ 693; positiv 48 (= 6,5%); Rückzüge: 242; Abschreibungen: 96
Gesuchseingänge 1991 (bis 17.06.1991):	5'084
Insgesamt hängig:	7'481
Erledigungstotal bis 17.06.1991:	3'084, davon negativ 2'580; positiv 54 (= 2,1%); Rückzüge: 305; Abschreibungen: 145

Wie die oben angeführten Zahlen zeigen, haben die Asylgesuche jugoslawischer Staatsangehöriger im laufenden Jahr erneut stark zugenommen. Sie machen monatlich zwischen 23 und rund 30% aller Gesuchseingänge aus und liegen damit - gemeinsam mit den Tamilen - an erster Stelle der Asylstatistik.

Zwar haben infolge von Umstrukturierungsmassnahmen auch die Erledigungszahlen erheblich zugenommen, indem gegenwärtig die Anzahl der Neueingänge unter der Anzahl der Erledigungen liegt (laufender Monat bis 17.: Neueingänge 290; Erledigungen 406). Es ist jedoch auf die vielen Pendenzen zu verweisen, die derzeit kaum abgebaut werden können.

3. Probleme

- Die Anzahl der neueingehenden Asylgesuche hat sich seit Herbst 1990 auf einem konstant hohen Niveau eingependelt. Eine weitere Steigerung muss infolge der ungewissen politischen Zukunft Jugoslawiens befürchtet werden.
- Noch befinden sich die Gesuche ethnischer Albaner in der weit überwiegenden Mehrheit (ca. 95%, davon ca. 90% aus dem Kosovo, ca. 5% aus Mazedonien und anderen Republiken). Angesichts der politischen Lage zeichnet sich jedoch bereits eine gewisse Verschiebung ab, indem vermehrt Serben, Bosniaken und vereinzelt Kroaten um Asyl nachsuchen.
- Eine neue Erscheinung ist auch, dass zahlreiche Gesuchsteller - sowohl Albaner als auch Serben und Kroaten - ihr Asylgesuch allein damit motivieren, keinen Militärdienst leisten zu wollen resp. aus dem Militärdienst desertiert zu sein - ebenfalls eine Folge der politischen Verhältnisse.
- Den wahren Hintergrund vieler Asylgesuche bildet die desolante Wirt-

schaftslage des Landes; da jedoch offensichtlich in Asylbewerberkreisen bekannt ist, dass dies als Hauptvorbringen nicht genügt, schieben fast alle Gesuchsteller eine mehr oder weniger kohärente Verfolgungsgeschichte aus politischen Gründen vor.

- Für die Entscheidungsfindung erschwerend wirkt dabei, dass viele Gesuchsteller (vielleicht 30%) Polizei- oder Gerichtsdokumente als Beweismittel einreichen. Die Prüfung dieser Dokumente ergibt jedoch, dass die meisten (80-90%) gefälscht sind. Die Rolle gewisser lokaler Behörden bei der Beschaffung solcher Fälschungen ist nicht über jeden Zweifel erhaben.
- Jugoslawische Staatsangehörige reisen fast alle angeblich illegal in unser Land ein. Obwohl ein hoher Prozentsatz unter ihnen über einen Reisepass verfügt, werden uns diese Ausweise vorenthalten und wird behauptet, die Passausstellung sei verweigert bzw. der Pass durch die Polizei beschlagnahmt bzw. dieser sei vom Gesuchsteller nach Einreise in die Schweiz zerrissen und weggeworfen worden.

Zwar will Jugoslawien demnächst eine neue Passausstellungspraxis einführen. Ob sich indessen insbesondere Serbien im Falle der Kosovo-Albaner an die vorgesehene Liberalisierung halten wird, erscheint unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen mehr als fraglich.

- Unter den jugoslawischen Staatsangehörigen ist die Kriminalitätsrate überdurchschnittlich hoch; schätzungsweise kommt es bei jedem vierten oder fünften Gesuchsteller im Verlaufe des Asylverfahrens zu einer Strafuntersuchung bzw. -verfolgung. Die Bandbreite der Delikte reicht dabei von geringfügigen Eigentumsdelikten über Körperverletzung bis zu Mord.
- Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass ein gutorganisiertes Schleppernetz (v.a. im Raum Chiasso) und mafia-ähnliche Strukturen (z.B. Raum Fribourg) existieren. Eine Verifizierung dessen - beispielsweise durch entsprechende Fragen an die Gesuchsteller in den Anhörungen - gestaltet sich naheliegenderweise jedoch äusserst schwierig.
- Unter den vielen Gesuchstellern, die keine Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes sind, gibt es eben doch schwer verfolgte Kosovo-Albaner. Diese Fälle herauszufiltern, ist nicht immer ganz einfach.

#### 4. Möglichkeiten/Forderungen an die jugoslawischen Behörden

- Einführung der Visumpflicht für jugoslawische Staatsangehörige
- Aus Jugoslawien werden keine Gastarbeiter/Saisonniers mehr rekrutiert
- Druckausübung im Bereich der Respektierung der Menschenrechte
- Schnellere Beschaffung von Ersatzpapieren/Laissez-passers durch die

## jugoslawische Botschaft

- Durchsetzung der Bezahlung von Rückführungskosten durch den jugoslawischen Staat (geregelt im Visumsabkommen Jugoslawien-Schweiz vom 28.12.1968).
- Intensivierung der jugoslawischen Ausreisekontrollen, speziell bei Reisebussen
- Lieferung von Passagierlisten staatlicher Busbetriebe ans BFF zur Abgleichung mit den eingehenden Asylgesuchen
- Fall Salihi: Forderung eines Besuches im Gefängnis durch die Gesprächsdelegation
- Slowenien und Kroatien könnten zu "safe republics" erklärt werden, je nach Entwicklung des aktuellen Loslösungsprozesses; in der Folge allfällige Mithilfe durch die Schweiz beim Aufbau einer Asylinfrastruktur, gegebenenfalls unter Mitwirkung anderer Staaten

4.1 Termine

Mögliche Besuchstermine für die Gesprächsdelegation Belgrad/Zagreb:

- 15. bis 18. Juli 1991
- 22. bis 25. Juli 1991
- 23. bis 26. Juli 1991

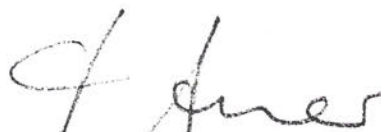
Voraussichtliche Teilnehmer:

- BFF (Delegationsleitung: A; Z, Aer)
- EDA (WER)
- BFA (1 Vertreter)

BUNDESAMT FUER FLUECHTLINGE



Toni Bühler,  
Stv. Sektionschef Länderdokumentation



Suzanne Auer,  
Sektionschefin

Geht an: - BFA, - BIGA, - A, - Z, - WER, - OF, - Bto, - Aer